

FRANKREICH

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY
CELINE CARO

22. September 2008

www.kas-paris.fr

Senatswahlen in Frankreich:

KONSERVATIVE BEHAUPTEN MEHRHEIT, LINKE VERZEICHNET ZUGEWINNE

Erwartungsgemäß konnte die Regierungspartei UMP – trotz eines Verlusts in der Fraktion von ca. 10 Sitzen¹ - ihre eigene Mehrheit bei den gestrigen Wahlen zum französischen Senat behaupten, wengleich die Sozialisten über 20 Sitze – mehr als erwartet - hinzugewannen. Im Gegensatz zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom vergangenen Jahr wie den Kommunalwahlen in diesem Frühjahr verliefen die Wahlen zum Senat von den Medien und der französischen Öffentlichkeit fast unbemerkt. Es gab keinen Wahlkampf im eigentlichen Sinne und auch das Ergebnis bot kaum Überraschungen. Dennoch sind die Wahlen innenpolitisch nicht unbedeutend – vor allem vor dem Hintergrund der am 1. Oktober anstehenden Wahl des Senatspräsidenten.

Insgesamt standen gestern 114 Senatorensitze, die seit 10 Jahren nicht erneuert worden waren, zur Disposition. Laut Wahlkalendar hätten diese Wahlen bereits im letzten Jahr stattfinden sollen, sie wurden indes – wie die Kantonal- und Kommunalwahlen – um ein Jahr verschoben, um 2007 eine Anhäufung an Wahlterminen zu vermeiden². Die Senatswahlen fanden in 38 Departements sowie fünf Gebietskörperschaften in Übersee statt. Die Senatoren der Departements Ain bis Indre wurden neu gewählt – zu denen die Städte Marseille, Toulouse,

Bordeaux, Nizza und Rennes zählen – sowie die Senatoren aus dem Territoire de Belfort, Französisch-Guyana, Französisch-Polynesien und Wallis-et-Futuna. Zum ersten Mal wurde in den karibischen Inseln Saint-Martin und Saint-Barthélemy jeweils ein Senator gewählt. Insgesamt nahmen ca. 50.000 Delegierte an den Wahlen teil; es sind die einzigen Wahlen, bei denen Wahlpflicht für die Mitglieder der Wahlversammlung besteht.

Zum Wahlsystem³

Im Verfassungsgefüge der Fünften Republik (Art.24) ist der Senat als Zweite Kammer der Legislative die Vertretung der Gebietskörperschaften. Im Jahr 2003 wurde das Senatswahlsystem in Frankreich geändert. Ziel der Reform war es, die Wahl der Vertreter der Zweiten Kammer im Parlament der demographischen Entwicklung und der Veränderung der territorialen Verteilung der französischen Bevölkerung anzupassen. Damit werden u.a. die Bevölkerung in den überseeischen Gebietskörperschaften (Neukaledonien, französisch Polynesien, Mayotte, Wallis und Futuna etc.) sowie die im Ausland lebenden Franzosen besser vertreten.

Zu diesem Zweck wird seit den Wahlen 2004 die Senatorenzahl etappenweise bis 2011 von 321 auf 348 erhöht. Nach den Wahlen vom 21. September 2008 sitzen nunmehr 343 Senatoren im französischen Senat.

Das Mindestalter für das Senatorenamt wurde auf 30 Jahre (statt 35) herabgesetzt.

¹ Die genaue neue Verteilung der Senatoren per Fraktion liegt einen Tag nach den Wahlen noch nicht vor. Wir können dementsprechend nur Einschätzungen liefern.

² In 2007 haben sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen (jeweils in zwei Wahlgängen) stattgefunden.

³ Zum Wahlsystem, siehe: www.senat.fr.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY
CÉLINE CARO

22. September 2008

www.kas-paris.fr

Die Senatoren werden nach wie vor mittels Teilwahlen – mit dem Ziel, große politische Schwankungen zu vermeiden – gewählt, die Dauer ihres Mandats wurde allerdings von neun auf sechs Jahre reduziert. Ab 2011 soll der Senat alle 3 Jahre je zur Hälfte (statt zu einem Drittel) erneuert werden.

Die Senatoren werden in indirekter Wahl von einer Wahlversammlung gewählt. Diese Wahlversammlung besteht zum größten Teil aus Delegierten der Gemeinderäte (95 % der Wählerschaft) sowie aus Abgeordneten und Mitgliedern der Departement- und Regionalversammlungen. Die Anzahl der Delegierten steigt mit der Einwohnerzahl der Gemeinden.

In 70 Departements Frankreichs sowie in den Überseedepartements und in den Übersee-Gebietskörperschaften, die maximal drei Senatoren wählen, wird nach dem Mehrheitswahlsystem in zwei Wahlgängen gewählt. In den neununddreißig Departements Frankreichs und in Übersee, in denen vier oder mehr Senatoren gewählt werden, wird das Verhältniswahlsystem angewandt. Die 12 Senatoren, die im Ausland ansässige Franzosen repräsentieren, werden von den 150 gewählten Mitgliedern der Versammlung der Auslandsfranzosen ebenfalls durch Verhältniswahlsystem gewählt.

Ab 2011 werden circa 52% der 348 Senatorensitze nach Verhältniswahlsystem und 48% nach Mehrheitswahlsystem besetzt werden.

Ergebnisse 2008 ⁴

Die konservative Regierungspartei UMP ging geschwächt in diese Wahl. Auch wenn sie auf nationaler Ebene sowohl die Präsidentschafts- als auch die Parlamentswahlen 2007 gewonnen hatte, erfuhr sie – wie andere dem konservativen Lager angehörende Parteien – in den letzten zehn Jahren in den Gebietskörperschaften einen historischen Rückgang. Sie verlor die Kommunalwahlen 2008, die Kantonalwahlen 2001, 2004 und

2008 sowie die Regionalwahlen 2004. Gegenwärtig kontrolliert das linke Lager 20 von 22 Regionen, 58 von 100 Departements sowie 158 der 314 Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern.

Trotz dieser Situation konnte das konservative Lager seine Mehrheit im Senat behaupten.

Die UMP bleibt die stärkste Partei im Senat mit ca. 149 Sitzen, obwohl sie voraussichtlich ca. zehn Sitze verloren hat. Einer der Sprecher der UMP, Dominique Paillé, sowie der ehemalige Verteidigungsminister der Regierung Juppé (1995-1997), Charles Millon, die beide keinen Sitz gewinnen konnten, sind die eigentlichen Wahlverlierer im konservativen Lager. Die Schaffung von zehn neuen Senatorensitzen in demographisch stärker gewordenen und traditionell konservativ orientierten Departements unterstützte das rechte Lager. So gewann die UMP die neu geschaffenen Senatorensitze in den karibischen Inseln Saint-Martin und Saint-Barthélemy sowie in den Departements Eure-et-Loir, Hérault, Ain und Haute-Garonne.

Die sozialistische Fraktion des Senats geht gestärkt aus dieser Wahl hervor. Mit mehr als 20 neuen Sitzen steigt sie auf ca. 118 Senatoren. François Rebsamen, Bürgermeister von Dijon und nationaler Sekretär der sozialistischen Partei (PS) wurde im Departement Côte d'Or zum ersten Mal gewählt. In diesem Departement sowie in den Departements Corrèze, Bouche-du-Rhône, Ille-et-Vilaine, Alpes Maritimes und Dordogne, die traditionell konservativ orientiert sind, konnte die PS mehrere Sitze gegenüber dem Konservativen Lager hinzugewinnen.

Das „Comeback“ auf die nationale politische Bühne von **Jean-Pierre Chevènement**, ehemaliger Staatsminister unter Präsident François Mitterrand (zwischen 1981 und 1991) sowie Innenminister in der Regierung Jospin (1997-2000) wurde sehr öffentlichkeitswirksam inszeniert. Er wurde im Territoire de Belfort gewählt, wo seine Wahlanhänger sich traditionell befinden. Chevènement gehört der Partei Mouvement Républicain

⁴ Vgl. Ergebnisse aus dem Senat, frz. Innenministerium sowie aus den Tageszeitungen *Le Monde*, *Le Figaro* und *Libération*, 22.09.2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY
CÉLINE CARO

22. September 2008

www.kas-paris.fr

cain et Citoyen (MRC), die zum linken Lager zählt.

Die französische Kommunistische Partei (PCF) kann mit einer Fraktion von ca. 23 Senatoren ihre Präsenz im Senat aufrechterhalten. Robert Hue, ehemaliger Vorsitzende der Partei wurde in Val-d'Oise wiedergewählt.

Die „Union centriste“ aus dem Zentrum – die Politiker aus den Parteien „Nouveau Centre“ (unter der Leitung von Verteidigungsminister Hervé Morin) und „Mouvement démocratique“ (geführt von François Bayrou) vereint – wird voraussichtlich einen Sitz verlieren und damit 29 Senatoren in der Fraktion zählen. Diese „Union“ ist gegenwärtig dahingehend geschwächt, dass das „Nouveau Centre“ eine Allianz mit der UMP in der Nationalversammlung und auf Regierungsebene geschlossen hat, während sich die Partei von Bayrou in der Opposition befindet.

Die Fraktion „Rassemblement démocratique et social européen“ (RDSE), die auch im Zentrum des politischen Spektrums agiert⁵, wird voraussichtlich mit einer Fraktion von 15 Senatoren 2 Sitze verlieren.

Insgesamt wurden knapp 20 Frauen neu gewählt, womit die Zweite Kammer im Parlament mit ca. 75 Senatorinnen nunmehr einen Frauenanteil von über 20% aufweisen kann, was im französischen Parlament einen Rekord darstellt (die Nationalversammlung zählt 18,5 % Frauen unter den Abgeordneten). Außerdem wurden erstmals drei Frauen mit maghrebinischer Herkunft gewählt. Eine Verjüngung unter den Senatoren konnte ebenfalls festgestellt werden: Serge Dassault (UMP), 83, wird als ältester Senator die 1. Sitzung der neuen Versammlung am 1. Oktober eröffnen, während der jüngste

⁵ Diese Partei sammelt in erster Linie « Radicaux » aus dem linken und dem rechten Lager. Der Begriff „radical“ bezieht sich historisch auf die Ablehnung der Monarchie sowie die Verteidigung der Werte der französischen Revolution und der Republik. Im deutschsprachigen Kontext ist das Wort als „demokratisch“ zu verstehen.

Senator, Richard Tuheiava, 34, aus Französisch-Polynesien kommt.

Mit der Unterstützung des Zentrums ist nach diesen Wahlen gesichert, dass die Regierungspartei UMP weiterhin den Senat anführt. Die Ergebnisse lassen sich durch die Tatsache erklären, dass obwohl das linke Lager die meisten Regionen und großen Städte kontrolliert, die konservativen Parteien in den kleinen Gemeinden viel stärker vertreten sind – und Frankreich zählt über 36.600 Gemeinden, unter denen knapp 32.000 weniger als 2.000 Einwohner haben. Proportional zu den Großstädten entsenden kleine Gemeinden mehr Delegierte zur Senatswahl. Von 50.000 Delegierten stammten in diesem Jahr mehr als 48.000 aus Gemeinderäten. Demzufolge waren unter ihnen auch mehr Vertreter des konservativen Lagers. Daher stammte die Mehrheit der Delegierten bei dieser Senatswahl aus dem konservativen Lager.

Dank seinen Erfolgen bei den Regionalwahlen 2004, den Kommunal- und Kantonalwahlen im letzten März konnte das linke Lager seine Position im Senat stärken. Der Vorsitzende der sozialistischen Partei, François Hollande, sprach gestern von einer „Abstrafung“ für die Regierungspartei⁶. Die aktuelle Politik der Regierung, die mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung eine Verschlinkung des öffentlichen Diensts anstrebt, hat das konservative Lager sichtlich geschwächt: Die umfassenden Einsparungen im Gesundheitssystem und im Justiz- und Militärapparat sowie die Senkung des Haushalts der Gebietskörperschaften und die mögliche Privatisierung der Post könnten in der Tat manche Wahlniederlage von UMP-Kandidaten erklären⁷.

Die Wahl des Senatspräsidenten

Nach jeder Teilerneuerung des Senats erfolgt die Wahl des Senatspräsidenten. Mit ca. 150 von 343 Sitzen ist gesichert, dass die UMP den Vorsitz der Zweiten Kammer des französischen Parlaments behalten wird.

⁶ Vgl.: *Le Monde*, 22.09.08.

⁷ *Ibid.*

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY
CÉLINE CARO

22. September 2008

www.kas-paris.fr

Verschiedene Kandidaten aus der Regierungsmehrheit konkurrieren bereits seit Wochen um die Nachfolge des amtierenden, mittlerweile 80-jährigen, Senatspräsidenten Christian Poncelet. Die Senatoren der UMP werden am 24. September durch eine fraktionsinterne Wahl (sog. „primaires“) ihren Kandidaten für den Vorsitz aufstellen, der am 1. Oktober voraussichtlich zum Senatspräsidenten gewählt werden wird.

Für das politisch zweithöchste Amt im Staat⁸ haben fünf UMP-Spitzenpolitiker ihre Kandidatur angemeldet:

Jean-Pierre Raffarin, Premierminister unter Staatspräsidenten Jacques Chirac (2002-2005), ist nach seinem Rückzug aus der Regierung 2005 wieder Senator geworden⁹. Diesen Sitz hatte er 1995 gewonnen und zwischen 1997 und 2002 – während der „Cohabitation“¹⁰ – selbst inne gehabt. Neben seiner Tätigkeit als Senator übt er innerhalb der UMP eine führende Rolle aus: Während der Präsidentschafts- und Parlamentswahlkampagne 2007 unterstützte er Nicolas Sarkozy und wurde nach dessen Wahlsieg zum Ersten Vize-Präsidenten der Partei ernannt. Raffarin veröffentlichte am 16. September dreißig Vorschläge „pour un Sénat libre et moderne“ (*für einen freien und modernen Senat*). Er unterstreicht in diesem 170 Seiten starken Programm die Notwendigkeit, die „Legitimitätsschlacht“ des Senats zu gewinnen, um das Image des Oberhauses unter der Bevölkerung zu verbessern und zu größerer Transparenz beizutragen. Dabei will er die „doppelte Unabhängigkeit“ des Senats – einerseits gegenüber dem Staatspräsidenten und der Regierung und andererseits gegenüber der

öffentlichen Meinung – in den Vordergrund stellen¹¹.

Gérard Larcher, Bürgermeister von Rambouillet sowie Senator zwischen 1986 und 2004 und wiederum seit 2007, ist stellvertretender Vorsitzender der zweiten Kammer des Parlaments zwischen 1997 und 2001 gewesen. Er war auch beigeordneter Arbeitsminister in den Regierungen Raffarin (2004-2005) und de Villepin (2005-2007). Seit mehreren Wochen führt er mit viel Entschlossenheit offiziell Wahlkampf und war der erste, der den Senatoren und der Öffentlichkeit bereits Anfang September sein Programm „Nouveau Cap pour le Sénat“ (*ein neuer Kurs für den Senat*) vorstellte¹². Um die Wahrnehmung der Rolle, der Arbeit und der Unabhängigkeit des Senats in der Politik und unter der Bevölkerung zu erhöhen, schlägt er u.a. vor, einen Presseclub im Senat zu gründen und als Ergänzung des Fernsehsenders „Public Sénat“ die Internetkommunikation der Kammer zu verbessern. Die Modernisierung der Institution sei sein Hauptanliegen.

Jean-Claude Gaudin, Bürgermeister von Marseille und Vize-Präsident der UMP sowie stellvertretender Senatspräsident, eine weiteres politisches Schwergewicht, hat seine Kandidatur ebenfalls angekündigt.

Philippe Marini, Bürgermeister von Compiègne sowie Senator seit 1992 und Berichterstatter des Finanzausschusses des Senats, hat auch seine Kandidatur angemeldet.

Alain Lambert, Senator seit 1992 – außer zwischen 2002 und 2004 als er beigeordneter Minister für den Staatshaushalt unter der Regierung Raffarin wurde – und Vorsitzender des Departements Orne seit 2007, erwog Mitte September in der Presse die Möglichkeit, sich am 1. Oktober zur Wahl des Senatspräsidenten direkt zu stellen – ohne den internen „Wahlprozess“ der UMP zu respektieren – falls Philippe Marini als UMP-Kandidat durch die „primaires“ nicht

⁸ Cf.: Im Falle der Vakanz des Amtes des Präsidenten der Republik werden dessen Befugnisse vorübergehend vom Präsidenten des Senats wahrgenommen (Art. 7 der Verfassung).

⁹ Der Rücktritt Raffarins erfolgte Ende Mai 2005 nach dem „Nein“ der Franzosen zur EU-Verfassung.

¹⁰ Die „Cohabitation“ bezeichnet eine Situation, in welcher der Staatspräsident und der Regierungschef entgegengesetzten politischen Lagern angehören. Sie kommt zustande, wenn das politische Lager des Präsidenten über keine Mehrheit im Parlament verfügt.

¹¹ Vgl. : *Le Figaro*, 16.09.2008.

¹² Vgl. : *Le Figaro*, 16.09.2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY
CÉLINE CARO

22. September 2008

www.kas-paris.fr

gewählt würde. In dem u.a. von Marini und Lambert gemeinsam verfassten Programm „Un nouvel Elan pour le Sénat“ (*Eine neuer Elan für den Senat*) betonen beide Senatoren die Notwendigkeit, die Arbeitsmethoden im Senat grundsätzlich ändern zu wollen, um – im Einklang mit der Verfassungsreform vom Juli 2008 – der zweiten Parlamentskammer mehr Einfluss im institutionellen System sowie mehr Unabhängigkeit gegenüber dem Gewicht der Exekutive zu geben¹³.

Fazit und Ausblick

Als Folge des Wahlsystems ist der Senat die einzige nationale französische Institution, die seit dem Beginn der V. Republik 1958 ihre politische Farbe nie gewechselt hat. Die Sozialisten bemühen sich seit Jahren um eine Anpassung der Senatswahl an die politische Realität in den Gebietskörperschaften, um diese „demokratische Anomalie“ zu ändern¹⁴. Diese von den Linken gewünschte Änderung des Wahlsystems konnte sich bislang auf der politischen Tagesordnung der Regierung nicht durchsetzen. Auch der Versuch, im Zuge der jüngsten Verfassungsreform eine Änderung des Senatswahlsystems herbeizuführen, blieb ohne Erfolg.

Seit 2004 haben die Konservativen allerdings ihre absolute Mehrheit im Senat verloren und die Linken konnten ihre Position stetig verbessern. Knapp 50 neue Sitze wären aber bei dieser Teilwahl nötig gewesen, um die Mehrheit zu bekommen – ein unerreichbares Ziel. Nach diesen Wahlen wird allerdings erstmals in der Öffentlichkeit über eine mögliche Änderung der Mehrheit im Senat ab 2010 spekuliert. Sicher ist, dass es nunmehr schwieriger für die Regierung sein wird, Verfassungsänderungen, die eine Drei-Fünftel-Mehrheit im Kongress verlangen, durchzusetzen.

Trotz geringer politischer Wirkungsmöglichkeiten ist der Senatspräsidentenposten hart umkämpft, was vor allem am Prestige die-

ser Position liegt. Als „zweiter Mann im Staat“ ist der Senatspräsident eine Art „Reservepräsident“, der einspringt, wenn der Posten des Staatsoberhauptes durch Krankheit, Rücktritt oder Tod vakant ist. Am Tag unmittelbar nach den Senatswahlen ist der Ausgang der „primaires“ in der UMP-Fraktion am 24. September gänzlich ungewiss. Die Programme der verschiedenen Kandidaten zur Senatspräsidentschaft unterscheiden sich nicht grundsätzlich und auch Staatspräsident Nicolas Sarkozy hält sich in Sympathiebekundungen für den ein oder anderen Kandidaten zurück, um die Wahl nicht zu beeinflussen. Wer auch immer die Vorwahlen am 24. September und die eigentliche Senatspräsidentenwahl am 1. Oktober gewinnen mag, wird in der Zukunft umfangreiche Aufklärungsarbeit zu leisten haben. Laut einer Umfrage vom 4. und 5. September fühlen sich dreiviertel der Bürger von den Senatswahlen „nicht betroffen“. Ebenso ist festzustellen, dass die Wahlkampagne wenig von den Medien und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. 74% der Franzosen halten den Senat für „nicht modern“ und 71% für „nicht Bevölkerungsrepräsentativ“¹⁵.

Die größte Herausforderung für den neuen Senatspräsidenten wird darin bestehen, bis zu den nächsten Teilwahlen in 2011 dieses Image zu verbessern und über die Rolle bzw. die Mitentscheidungskraft der zweiten Parlamentskammer im institutionellen System Frankreichs aufzuklären. Das heißt auch, dass es zu den primären Aufgaben des neuen Präsidenten gehören wird, der Debatte um die Modernisierung der Kammer eine Richtung zu geben. Darüber hinaus gilt es, von der Fähigkeit des Senats, die verschiedenen Gebietskörperschaften Frankreichs und die ganze Bevölkerung gerecht zu vertreten, zu überzeugen. Inwieweit die jüngste Verfassungsreform, die dem Parlament mehr Machtbefugnisse verleiht, dazu beitragen kann, wird sich noch zeigen.

Die Intensität der Beteiligung des Senats an der nationalen Debatte über die Optimie-

¹³ Vgl. : *Le Monde*, 11.09.2008.

¹⁴ So der Fraktionsvorsitzende der sozialistischen Partei (PS) im Senat. Zitiert in *Le Figaro*, 26.08.2008.

¹⁵ Vgl. : *Ifop-Profession Politique*, Umfrage vom 4. und 5. September 2008.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. BEATRICE
GORAWANTSCHY
CÉLINE CARO

rung der Verteilung der Kompetenzen unter den Gebietskörperschaften, die von Nicolas Sarkozy für 2009 gefordert wird, wird erstmals über die Fähigkeit des Senats zur eigenen Modernisierung entscheiden.

22. September 2008

www.kas-paris.fr



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Außenstelle Paris
Telefon
+33- 1 56 69 15 00
Telefax
+33- 1 59 69 15 01
Mail
kas@kas-paris.fr
Internet
www.kas-paris.fr